

Verwaltungsgericht Aachen

- Terminvorschau Mai 2022 -



Adalbertsteinweg 92 52070 Aachen Tel.: 0241 / 9425-0 Fax: 0241 / 9425-83260
Pressedezernent: Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Dirk Hammer Tel.: 0241 / 9425-33261
Vertreter: Richterin Anna-Lena Beckfeld Tel.: 0241 / 9425-33213
 Richter am Verwaltungsgericht David Retzmann Tel.: 0241 / 9425-33237
 Richterin am Verwaltungsgericht Julia Backhaus Tel.: 0241 / 9425-33257
 Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Markus Lehmler Tel.: 0241 / 9425-33208

E-Mail: pressestelle@vg-aachen.nrw.de

Die folgende Zusammenstellung enthält - vorbehaltlich weiterer Ladungen und möglicher Terminaufhebungen - eine Übersicht über ausgewählte öffentliche Verhandlungen des Verwaltungsgerichts Aachen, die im Monat **Mai 2022** vorgesehen sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass wegen der anhaltenden Corona-Pandemie derzeit die Zahl der Zuschauerplätze in den Sitzungssälen stark beschränkt ist. Die vorhandenen Plätze werden nach dem Prioritätsprinzip vergeben.

Pressevertreter werden gebeten, sich bei einem Teilnahmewunsch vorher mit der Pressestelle in Verbindung zu setzen (E-Mail: pressestelle@vg-aachen.nrw.de). Auch sonstige An- bzw. Rückfragen zu einzelnen Terminen sind an pressestelle@vg-aachen.nrw.de zu richten.

aktualisierte Fassung - Änderungen sind kenntlich gemacht!

02.05.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.012

Uhrzeit: 10:30 Uhr

Aktenzeichen: 7 K 747/21

N.N. ./ Land Nordrhein-Westfalen

Die Klägerin, die im Dienst des beklagten Landes steht und in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft lebt, begehrt Beihilfen für eine künstliche Befruchtung in Form einer heterologen Insemination. Nach den maßgeblichen beihilferechtlichen Vorschriften werden Beihilfen jedoch nur für homologe Inseminationen gewährt (d.h. wenn ausschließlich Ei- und Samenzellen des Beihilfeberechtigten und des Partners bzw. der Partnerin verwendet werden). Für Kryokonservierungstechnik, die hier gleichfalls zur Anwendung gelangte, werden nur Beihilfen gewährt, wenn schwerwiegende Erkrankungen – wie eine Krebserkrankung – dies erforderlich machen. Die Klägerin sieht hierin einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, während das beklagte Land die Auffassung vertritt, es liege keine Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Paare vor, da die Kosten für eine heterologe Insemination auch im Falle heterosexueller Paare nicht beihilfefähig seien.

Für den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung ging das BSG im November letzten Jahres davon aus, dass nur Leistungen für homologe Inseminationen von der Krankenkasse bezuschusst werden (müssen) (BSG, Urteil vom 10.11.2021 - B 1 KR 7/21 R -).

03.05.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.012

Uhrzeit: 10.00 Uhr

Aktenzeichen: 6 K 2012/20

N.N. ./ Kreis Euskirchen, beigelesen: N.N.

Der Kläger (ein Fischereiverband) begehrt die Aufhebung einer dem Beigeladenen durch den Beklagten erteilten Bewilligung der Entnahme von Wasser aus der Urft zum Antrieb einer Wasserkraftanlage zur Stromerzeugung am Schoellerwehr in Schleiden-Gemünd.

03.05.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.012

Uhrzeit: 10.30 Uhr

Aktenzeichen: 6 K 2170/20

N.N. ./ Kreis Euskirchen

Der Kläger (zugleich der Beigeladene aus dem Verfahren 6 K 2012/20) wendet sich im Hinblick auf eine ihm vom Beklagten erteilte Bewilligung der Entnahme von Wasser aus der Urft zum Antrieb einer Wasserkraftanlage zur Stromerzeugung am Schoellerwehr in Schleiden-Gemünd gegen die Befristung dieser Bewilligung sowie gegen zwei Nebenbestimmungen, insbesondere gegen die Auflage, die Wasserkraftanlage aus Gründen des Fischschutzes zwei Monate im Jahr nicht betreiben zu dürfen.

03.05.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.012

Uhrzeit: 11.00 Uhr

Aktenzeichen: 6 K 1089/20

N.N. ./ Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

Der Kläger ficht die Beurteilung einer Klausur im Rahmen des Bachelor-Studiums zum Polizeivollzugsdienst (Laufbahnprüfung) an. Geltend gemacht werden im Wesentlichen eine Lärmbelästigung während der Klausur durch Aufhängen einer Wanduhr sowie eine fünfminütige Schreibunterbrechung.

03.05.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.012

Uhrzeit: 11.45 Uhr

Aktenzeichen: 6 K 2178/21

N.N. ./ Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

Der Kläger richtet sich mit seiner Klage gegen die Beurteilung einer Klausur im Rahmen des Bachelor-Studiums zum Polizeivollzugsdienst (Laufbahnprüfung). Geltend gemacht wird im Wesentlichen eine Lärmbelästigungen während der Klausur durch ein Gespräch des Aufsichtspersonals.

06.05.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.029

Uhrzeit: 9.30 Uhr

Aktenzeichen: 10 K 2359/21

N.N. ./ Kreis Heinsberg

Der Kläger wendet sich gegen eine Fahrtenbuchauflage infolge eines mit einem Firmenfahrzeug begangenen Verkehrsverstößes, bei dem der Fahrer nicht ermittelt werden konnte.

12.05.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 10.00 Uhr

Aktenzeichen: 1 K 1171/21

N.N. ./ Stadt Eschweiler

Die Klägerin wendet sich gegen einen Kostenbescheid, den sie vom Jugendamt erhalten hat. Das Jugendamt setzte darin fest, dass die Klägerin das Kindergeld, das sie für ihr Kind erhält, an das Jugendamt abzuführen habe, weil das Kind nicht bei der Klägerin lebe, sondern in Obhut genommen worden sei.

12.05.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 11.00 Uhr

Aktenzeichen: 1 K 1585/21

N.N. ./ Stadt Eschweiler

Der Kläger wendet sich gegen einen Kostenbescheid vom Jugendamt, mit dem er zu einen Kostenbeitrag für die Jugendhilfeleistung, die seinem Kind gewährt wird, herangezogen wurde. Er trägt vor, er habe in der Vergangenheit seine Unterhaltszahlungen schon an die Großeltern des Kindes geleistet, bei dem sich das Kind aufhält.

12.05.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 13.00 Uhr

Aktenzeichen: 1 K 2381/20

N.N. ./ Land Nordrhein-Westfalen

Der Kläger ist Polizeivollzugsbeamter und erlitt in Ausübung des Dienstes im Zusammenhang mit einer Blutprobenentnahme einen Unfall (HWS-Distorsion). Nun beantragt er die Feststellung, dass ein weiterer Erkrankungszeitraum als Folge des (dem Grunde nach anerkannten) Dienstunfalls anerkannt werde.

16.05.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.019

Uhrzeit: 10.00 Uhr

Aktenzeichen: 9 K 1741/17

N.N. ./ Kreis Euskirchen

Der Kläger wendet sich gegen die Rücknahme seiner Einbürgerung, die er durch arglistige Täuschung erwirkt haben soll. Der Kläger soll bereits im Zeitpunkt seiner Einbürgerung Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verfolgt haben. Zwischenzeitlich ist er wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten rechtskräftig verurteilt worden.

18.05.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 15:00 Uhr

Aktenzeichen: 2 K 2464/18

N.N. ./ Landschaftsverband Rheinland - Dezernat Soziales und Integration, beige-laden: N.N.

Der schwerbehinderte Kläger wehrt sich gegen die Zustimmung des Integrationsamts (beim Landschaftsverband Rheinland) zu seiner Kündigung. Die Beigeladene, ein kleines Baustoffhandel- und Transportunternehmen, hat dem Kläger, einem Lkw-Fahrer, im Januar 2018 mit der Begründung gekündigt, dass sie üblicherweise ihren Betrieb in den Wintermonaten witterungsbedingt einstellen müsse.

20.05.2022

Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011

Uhrzeit: 11:00 Uhr

Aktenzeichen: 9 K 1875/21

N.N. ./ Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Schulamt für den Kreis Düren

Die Klägerin, eine Grundschülerin, begehrt die Feststellung, dass die anfängliche Weigerung der Schulleitung, ihr einen Schülerschein auszustellen, rechtswidrig gewesen ist.

23.05.2022

~~Justizzentrum Aachen, Sitzungssaal A 2.011~~

~~Uhrzeit: 10.00 Uhr~~

~~Aktenzeichen: 10 K 1376/21~~

~~N.N. ./ Kreis Düren~~

~~Der Kläger wendet sich gegen die im Jahr 2020 erfolgte Einrichtung einer Tempo 30-Zone sowie eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs (Tempo 20) in der Gemeinde Merzenich. Seiner Ansicht nach handelt es sich bei den Geschwindigkeitsbeschränkungen um rein politisch motivierte Maßnahmen, die sich aus dem Gesetz nicht ergäben. Der Beklagte tritt dem entgegen und hält seine entsprechenden Anordnungen aus Gründen der Verkehrssicherheit und der städtebaulichen Entwicklung für rechtmäßig.~~

verlegt auf den 14. Juni 2022, 10.00 Uhr, Saal A 2.011!